

Fadegrad

Der Staat als Kinderhüter?



VON
BRUNO SIDLER

In der letzten Woche hatte das Thema Kinderbetreuung wieder einmal einen medialen Höhepunkt erlebt. Der «Tages-Anzeiger» berichtete, wie stark die städtische Kinderbetreuung subventioniert ist. In der Stadt Zürich können Eltern bis zu einem Bruttoeinkommen von 180 000 Franken von subventionierten Kinder-Betreuungsplätzen profitieren. 2011 betrug die Elternbeiträge an die Krippen-Kosten 29 Prozent, bei den Horten waren es 25 Prozent. Der Rest wurde aus Steuergeldern bezahlt. Dieses System ist ungerecht. Dieser Meinung ist offenbar auch der Stadtrat. Er will das System ändern, er sagt zurzeit aber nicht, wie er das bewerkstelligen will. Gemäss Statistik werden zirka 50 Prozent der Kinder fremdbetreut. Die andere Hälfte der Kinder wird in ihren Familien betreut. Wenn wir diese Zahlen betrachten, fällt auf, dass es hier zwei ungleich behandelte Gruppen gibt: Die eine stellt Ansprüche und lässt sich die Fremdbetreuung aus Steuergeldern mitfinanzieren, die andere Gruppe trägt die Kosten selbst.

Die Diskussion über die staatlich mitfinanzierte Fremdbetreuung läuft zurzeit voll auf der ökonomischen Schiene. Die Befürworter argumentieren, dass dem Staat durch berufstätige Mütter höhere Steuereinnahmen zufließen würden, deshalb sei dieses System vertretbar. Im erwähnten Medienbericht von letzter Woche wurden aber auch deutliche sozialistische Rauchzeichen abgegeben. Die Linke in Zürich geht selbstverständlich davon aus, dass die Betreuungsquote weiterhin ansteigen wird. Das wäre dann für Sozialvater Martin Zuber (SP) ein Grund, um über einen Systemwechsel zu diskutieren. Am einfachsten wäre es, so Wasser gemäss «Tages-Anzeiger», das skandinavische Modell einzuführen und Krippen- und Hortplätze für alle gratis anzubieten. Dazu müssten die Steuern um 10 bis 15 Prozent erhöht werden. Ein Modell aus dem kläglich gescheiterten Sozialismus soll hier eingeführt werden. Der Staat als Kinderhüter? Nein danke!

Von den Betroffenen, von den Kindern und deren Wohl und Befinden, ist in dieser Diskussion wenig die Rede. Die Alarmzeichen werden immer deutlicher: Die SVP muss sich weiterhin intensiv für die traditionelle Familie stark machen.

GPK-Bericht zur Fachschule Viventa

Der Gemeinderat beschäftigt sich diese Woche mit dem Schlussbericht der Geschäftsprüfungskommission zur Fachschule Viventa befasst. Die Untersuchung wurde notwendig, nachdem immer mehr interne Querelen nach aussen gelangten.



ROLAND SCHECK
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 3

Die Viventa ist eine Bildungsinstitution der Stadt Zürich für Jugendliche und Erwachsene. Nebst Erwachsenen- und Elternbildung bietet die Viventa hauswirtschaftliche Berufsausbildung, Berufsvorbereitung und Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten.

Ob nun Kurse wie «Das eigene Zuhause wohlig und schön einrichten», «Finden Sie Ihren persönlichen Stil», «Atem ist Lebensfluss» usw. als sinnvoll zu betrachten sind und ob solche Kursangebote tatsächlich Aufgabe der öffentlichen Hand zu sein haben, darüber lässt sich streiten.

Klassische Führungsprobleme

Gestritten wird auch in der Viventa selbst. Die Lehrpersonen sind verunsichert und wütend. In der Kritik steht Direktorin Yvonne Kern. Die Lehrpersonen werfen der Direktorin chaotische Planung, Desinformation und Geringschätzung vor.

Die Palette an Problemen betrifft Zusammenarbeit, Kommunikation, Stellenbesetzung, das Lohnsystem, ungenügendes Projektmanagement im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung (Fusion mehrerer Schulen) und mangelhafte Information der Schulkommission.

Die klassischen Führungsprobleme halt.

Das sind happige Vorwürfe, was die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Gemeinderats dazu veranlasste, eine Untersuchung durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen eindeutig auf, dass das Verhältnis zwischen Konventvorstand und Direktorin einerseits und einem Teil der Leh-

rschaft und der Direktorin andererseits zerrüttet ist. Insbesondere beklagt wird die mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Direktorin und dem Konventvorstand, die Einflussnahme der Direktorin auf Entscheidungsfindungen des Konventvorstands und dass der Konventvorstand in keinem wichtigen Gremium mehr Einsitz hat.

Auf die Unzufriedenheit eines Teils der Lehrpersonen mit dem Lohnsystem reagierte die Leitung schon zu einem früheren Zeitpunkt durch Einberufung eines Runden Tisches, um das Lohnsystem zu analysieren und eine Empfehlung zuhanden der Schulkommission abzugeben.

Desweiteren stellte die GPK fest, dass bei der Zusammenführung der verschiedenen Schulen vorhandenes Wissen und Erfahrung der Lehrpersonen nicht in Anspruch genommen wurden.

Die Fachschule Viventa zog in grossem Stil externe Beratungsfirmen bei und dies zum Teil in Bereichen, wo das Know-how der Lehrpersonen hätte zur Hilfe genommen werden können. Ferner kritisierten die interviewten Personen auch die zahlreichen Stellenwechsel bei den Bereichs- und Formatsleitungen, die langen Vakanzzeiten ohne Ausschreibung sowie die Intransparenz bei der Stellenbesetzung.

Vorwürfe wurden bestätigt

Da kommt also einiges zusammen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die erhobenen Vorwürfe grossmehrfach Hand und Fuss haben und aufgrund dessen dringend Handlungsbedarf besteht.

Obwohl die Fachschule der Oberaufsicht des Gemeinderats untersteht, hat dieser jedoch keine operativen Kompetenzen und so musste die sich GPK auf den Erlass von Empfehlun-

gen zu Handen der verantwortlichen Stellen beschränken.

Der Gemeinderat nahm denn auch vom Bericht sowie den formulierten Empfehlungen der GPK zustimmend Kenntnis und beauftragte die Schulkommission der Fachschule Viventa, innert einem Jahr dem Gemeinderat über die weitere Entwicklung Bericht zu erstatten und bis dahin die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Anpassungen in der Fachschule Viventa vorzunehmen.

Ob die Fachschule Viventa die doch eher tiefgreifenden Probleme bis in einem Jahr gelöst hat? Gut möglich,

denn die Direktorin hat inzwischen ihren Rücktritt angekündigt. Man darf gespannt sein. In zwölf Monaten wissen wir mehr.

Weshalb bis dahin nicht mal einen Viventa-Kurs besuchen?

Zum Beispiel «Erziehen ohne laut zu werden», «Spielerisch Kräfte tanken», «Kampfspiele für Väter und Söhne», «Bohnen, Erbsen, Linsen neu entdecken», «Essbare Wildbeeren sammeln und nutzen», «Aufräumen, entrümpeln und loslassen»?

Den Schreibenden werden Sie dort allerdings nicht antreffen.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Migrationshintergrund

Mit einem Postulat von Kurt Hüsey (SVP, Zürich 12) und Roland Scheck (SVP, Zürich 3) wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie die städtischen Behörden bei ihren Informationen über Straftaten verpflichtet werden können, analog zur Praxis der Staatsanwaltschaft, die Herkunft von Täterinnen und Tätern bekannt zu geben, und zwar aufgeschlüsselt nach schweizerischen Staatsangehörigen, eingebürgerten schweizerischen Staatsangehörigen unter Angabe des Herkunftslands und ausländischen Personen unter Angabe des Herkunftslands und der Aufenthaltskategorie.

Begründung

Über 50 Prozent der Straftaten in der Schweiz gehen auf das Konto von Ausländern. Gemessen am prozentualen Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung steht dieser viel zu hohe Anteil der

Straftaten noch in einem viel schlechteren Verhältnis. Zusätzlich weiter verfälscht werden die Angaben, weil eingebürgerte Ausländer, die eine Straftat begehen, als Schweizer Straftäter in der Statistik aufgeführt werden.

Immer wieder heisst es in Polizeimeldungen, der Täter sei ein Schweizer, bis sich nach Recherchen herausstellt, dass der Täter in Tat und Wahrheit einen Migrationshintergrund hat und eingebürgert wurde.

Dies kommt einer Fehlinformation gleich.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf diese wichtigen Informationen, damit sie sich ein Bild machen können. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind es schlussendlich, die mit ihren Steuern und/oder Versicherungsprämien für Schäden von Straftätern und deren Weiterbehandlung (Polizei, Justiz usw.) aufkommen müssen.

ZYPERN ALS EXEMPEL

Das Euro-Dogma und die Rettungs-Paket-Bombe

Der «Heilige Stier», genannt «Euro», wird zunehmend zum Tyrannen der Völker Europas. Mit der Zypern-Rettung – diese ist eigentlich eine Rettung des «Euro» auf Kosten der zypriotischen Bevölkerung – ist Vertrauen auf breiter Front ruiniert worden. Wenn hierzulande linke Journalisten jubeln, dass die EU nun einem Krisen-Banken-Land den Meister gezeigt habe und eine Steueroase trockengelegt worden sei, dann zeugt auch das von ideologischem Realitätsverlust. Denn die EU wollte nicht Zypern retten, sondern bloss den «Euro».



B. IM OBERDORF,
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Wir schrieben vor einer Woche im Zürcher Bote mit gutem Grund, «vorbehaltlich eines Rückkommens der EU» hätten die Zyprioten die Paketbombe des Rettungspaketes nach Brüssel retourniert. Denn die EU erzwingt regelmässig ein Rückkommen, wenn ihr ein nationaler Entscheid nicht passt: Als der griechische Regierungschef Papandreu ein Referendum zum Euro angekündigt, setzte ihn Brüssel derart unter Druck, dass er sein Versprechen widerrief; als Wahlen nicht dem Gusto der EU gefallen hatten, sorgte man mit Pressionen für eine Wiederholung; in Italien erzwang man den Abgang von Silvio Berlusconi, um mit Mario Monti einen genehmten, aber demokratisch überhaupt nicht legitimierten Nachfolger durchzudrücken. Und jetzt kam in Zypern das Rückkommen wie erwartet: Als das Parlament die Annahme der Paketbombe verweigerte, schritt der Chef der Euro-Zentralbank, Mario Draghi, zur Nötigung: «Wenn ihr bis am Montag nicht spurt, ziehe ich den Stecker heraus, so dass Zypern mangels Liquidität der Banken pleite geht.» Und das wirkte.

Ein Euro-Schrecken ohne Ende ...

Ein Staat samt seinem Finanzminister die Rücktrittsdrohung in die Tat umzusetzen, gab Nikos Anastasiades klein bei, weil offenbar das von der EU an die

Wand gemalte Horrorszenerario eines ungeordneten Staatsbankrotts und des Auszugs aus dem «Euro» wie beabsichtigt Angst und Schrecken einflößte. Na und? Staatspleiten sind gar nicht so selten und in Argentinien lebt es sich ganz gut damit. Ein Novum wäre indes der Auszug aus dem «Euro» gewesen – hier hätte in der Tat ein nur zu verständlicher und berechtigter Dominoeffekt drohen können – und er droht immer noch.

Die Wiedereinführung der eigenen Währung und der Auszug aus dem «Euro» sei nicht möglich, «weil das zu einem Sturm auf die Banken, zu einer temporären Schliessung dieser Institute, zu Kapitalverkehrskontrollen und zu einer nachfolgenden Abwertung der wieder eingeführten nationalen Währung führen könnte», soweit die Leier der EU. In Zypern sind, ausser der potentiellen Abwertung eines neuen zypriotischen Pfundes, alle diese gemäss EU unerträglichen Negativszenarien bereits Realität. Kurzum: man hat all diese – gemäss Brüsseler- und Frankfurter-Lesart – nicht tragbaren Kosten ohnehin und den Mühlstein des «Euro» obendrein nach wie vor am Hals. Die Pleite wäre ein vorübergehendes Ende im Schrecken gewesen – nun hat man einen Schrecken ohne Ende.

... und ein Ruin des Vertrauens

So sind nun in Zypern sowohl die Banst wie auch die Wirtschaft ruiniert – es drohen ein massiver Einbruch der am Sozialprodukt gemessenen Wirtschaftsleistung und eine noch nie da-

gewesene Arbeitslosigkeit – und alles am Gängelband der Troika (EU, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds). Dass diese Troika zur Abwendung des Staatsbankrottes auf wiederholten Anlauf dann Hand bot, ist nicht eine Solidaritätskundgebung, sondern eiskalter Opportunismus: man wollte einfach Zypern in der Eurozone festnageln, weil man bei einem Austritt der Zyprioten fürchtete, andere Länder, allen voran Griechenland, Portugal, Spanien und unter Grillo auch Italien könnten dem vernünftigen Beispiel folgen.

Nun ist das Vertrauen nachhaltig zertrümmert, die Verunsicherung greift um sich: Nicht vergessen geht, dass im ersten Anlauf die EU auch die Kleinsparer zu Kasse bitten wollte und nun in weit höherem Ausmass bloss die grösseren Anleger im sechsstelligen Bereich – und diese kalte, partielle Enteignung trifft nicht nur russische Oligarchen.

Wer ist mit seinen Ersparnissen in den Krisenländern eigentlich noch sicher? Wenn dem Eurogruppenchef, dem offenbar überforderten Jeroen Dijsselbloem die im Nachhinein wieder relativierte Bemerkung entfuhr, «das Sanierungsmodell von Zypern könnte auch in anderen Euro-Ländern zur Anwendung kommen», dann sprach diese freudliche Fehlleistung eben Bände: Er sagte, was man in der EU denkt, aber nicht sagt, sondern gebetsmühenhaft in Abrede stellt. Und Slowenien könnte – nebst den bereits bestehenden – der nächste Krisenkandidat sein.

Ruinöser Euro – demokratiewidrig erzwungen

Unter dem Strich zeigen sich trostlose Gesetzmässigkeiten: Es kam in den Ländern zur Krise, die nicht mehr mit einer eigenen Währung eine selbständige Politik betreiben können, sondern am Gängelband von Brüssel hängen; bei Zypern kam die Krise bald nach dem erst wenige Jahre zurückliegenden Beitritt zur Eurozone.

Und in keinem Land, das den «Euro» als Währung eingeführt hat, geschah dies demokratisch legitimiert auf der Basis einer Volksabstimmung. Dort, wo es ein Referendum gab, in Dänemark und in Schweden, wurde die Einführung des Euro trotz massiver Propaganda der Regierungen jeweils abgelehnt.

Und nun wollen bald auch noch die Polen und ein zweiter baltischer Staat den «Euro» einführen. Wohlgerückt: die Regierungen wollen das, das Volk hingegen nicht (wie auch in Deutschland die Bevölkerung – wenn gefragt – dagegen gewesen wäre). Wie viel Blindheit der «Classe Politique» braucht es eigentlich noch, bis der Groschen fällt?

Das Prestigedeknen, mit den sogenannten Grossen gemeinsam an «Euro-Konferenzen» dinnieren zu können, ist einzelnen Politikern offenbar wichtiger als das Wohl des Landes. Und viele Bürger leben unter der Last des «Euro» schon an und unter dem Existenzminimum. Wann kommt es zu Volksaufständen, wenn die Rettungs-Paket-Bombe platzt? – Das ist wohl eher eine Frage der Zeit.